

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Rechts- und Verfassungsfragen

Hannover, den 29.03.2017

Kein Fahrverbot als eigenständige Sanktion bei allgemeiner Kriminalität

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7271

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Ulf Prange
Vorsitzender